

# Laibacher Zeitung.

Nr. 165.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 22. Juli

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 2mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1867.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Juli d. J. den geheimen Rath Emanuel Heinrich Ritter v. Komers-Lindenbach zum Präsidenten des k. k. Oberlandesgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

### Rundmachung.

In Folge des erschütternden Ereignisses des Todes Sr. Majestät des Kaisers Maximilian von Mexico beschloß der Gemeinderath der Landeshauptstadt Laibach, um der allgemeinen Theilnahme der Stadtbewohner einen Ausdruck zu geben, einen feierlichen Trauergottesdienst zu veranstalten.

Se. fürstbischöfliche Gnaden haben gütigst zugesagt, diesen feierlichen Trauergottesdienst Mittwoch am 24. Juli d. J. 10 Uhr Vormittags in der Kathedrale persönlich abhalten zu wollen.

Indem dieses zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, ergeht hiemit die Einladung zu recht zahlreicher Theilnahme.

Stadtmagistrat Laibach, am 18. Juli 1867.

Der Bürgermeister: Dr. G. S. Costa.

Laibach, 21. Juli.

Die Frage der Bildung eines Gesamtministeriums für die Länder diesseits der Leitha ist durch die Verhandlung im Abgeordnetenhaus entschieden worden. In den Worten des Herrn Reichskanzlers: Es wird ein Gesamt-Landesministerium gebildet werden und dieses Ministerium ein parlamentarisches sein, haben wir eine sichere, bisher stets bewährte Garantie. Es haben sich entgegenstehende Ansichten geltend gemacht, die Geister sind aufeinander geplagt, aber das Resultat ist ein zufriedenstellendes. Sobald die Deputationen ihr Werk vollendet haben, wird das parlamentarische Ministerium eingesetzt. Und dieser Zeitpunkt wird eine neue Ära des Friedens bezeichnen. Er wird das große Werk der Neugestaltung Oesterreichs krönen.

## 21. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 18. Juli.

(Schluß.)

Se. Excellenz der Herr Justizminister Ritter von Sze beantwortete die Interpellation des Abg. Scrinzi und Genossen, die Erlassung eines Seeresetzes betreffend, im wesentlichen in folgender Weise:

Die beiden hiebei zunächst beteiligten Ministerien, des Handels nämlich und der Justiz, haben schon vor längerer Zeit die Aufgabe in Angriff genommen, durch Niederlegung einer Fachmännercommission in Wien die Adaptirung des deutschen Seeresetzes auf österreichische Zustände zu berathen, um es als Regierungsgesetzesvorlage vor den hohen Reichsrath zu bringen.

Es wurden jedoch diese Berathungen mit dem Zeitpunkte des Beginnes der Umwandlung der staatsrechtlichen Verhältnisse zu Ungarn ausgesetzt, und die Regierung wird seinerzeit das Seerecht gleichartig in beiden Reichshälften ordnen.

Wir setzen den Bericht über die Debatte, betreffend die an Se. Majestät zu richtende Bitte um Einsetzung eines Landesministeriums da fort, wo wir dieselbe abgebrochen haben.

Abg. Svetec (gegen): Nachdem bereits der Dualismus das Reich in zwei Theile zerrissen, bleibt wohl nichts übrig, als darauf bedacht zu sein, die dünnen Fäden, welche die Königreiche und Länder diesseits der Leitha noch zusammenhalten, möglichst zu schonen.

Ich halte den Zeitpunkt für Errichtung eines Parteiministeriums nicht nur so lange nicht für gekommen, als der Ausgleich mit Ungarn noch nicht fertig, sondern auch so lange als die Ansprüche der verschiedenen österreichischen Völker, der Königreiche und Länder nicht durch verfassungsmäßig festgestellte anerkannte Garantien gesichert, so lange die Völker nicht nach Möglichkeit befriedigt sein werden.

Die Bedingungen für ein Parteiministerium sind in Oesterreich nicht vorhanden, in Ungarn besteht ein solches. Blicken Sie aber auf die Verhältnisse in Croa-

tien! Würde ein solches auch hier eingesetzt und dies der deutschen Partei entnommen, wohin sollten sich jene Völker, die hier im Hause in der Minorität sich befinden, um Schutz und Hilfe wenden? An den Monarchen vielleicht? Der würde sie wieder an das verantwortliche Ministerium weisen. An das verantwortliche Ministerium? Das würde auf die Majorität wieder hinweisen, aus der es hervorgegangen, von der es getragen und von der es wieder gestürzt werden kann. (Beifall rechts.)

Denken Sie sich dann die Zustände Oesterreichs um so mehr, da jene Partei, die heute die Majorität des Reiches repräsentirt, nicht die Majorität der Völker Oesterreichs ist. (Beifall rechts.)

Redner schließt: Gehen wir auf den uns gestellten Antrag ein, so creiren wir Ministerposten, die uns vielleicht bei der Feststellung der Verfassung präjudiciren können. Dies aber werden Sie wohl nicht wollen.

Abg. Schindler: Der verehrte Vorredner, der zuletzt gesprochen hat, hat uns eine Klage vorgetragen, die nicht zum ersten male an unsere Ohren erkönt. Es ist die Klage, daß die Deutschen in Oesterreich die Slaven bedrückt haben. Es ist das ein ungerechter Vorwurf, das „Minoritäten unterdrücken,“ denn wenn Majoritäten nicht Recht haben sollen, dann muß man es zugeben, daß Minoritäten die Majoritäten erdrücken, und das scheint mir doch nicht der richtige Standpunkt zu sein; aber werse man nicht immer uns Deutschen vor, daß wir dort, wo wir die Majorität haben, von den Kräften und Schätzen unserer Cultur fortschrittlichen Gebrauch machen; möge man, da einmal von der slavischen Nation die Rede ist, auch einen Blick in ihre eigene Geschichte und ihre Angelegenheiten werfen, ob es nicht slavisch bewohnte Länder gibt, wo eine slavische Majorität eine slavische Minorität unterdrückt. Daß er aber in seinem Vortrage die Deutschen immer neben den Magyaren genannt hat, das begrüße ich freudig und nehme es als ein günstiges Vorzeichen für ein Einverständnis jener beiden Nationen, die gewiß nie die Absicht hatten, andere zu unterdrücken, aber die gewiß einig sind in der Absicht, das Reich nicht untergehen zu lassen. (Bravo links.)

Es erübrigt mir doch noch die Pflicht, meinem verehrten Kollegen, dem Herrn Abg. Greuter (Heiterkeit) auf einige seiner Auslassungen Antwort zu geben. Der Herr Abg. Greuter hat neuerdings den Föderalismus in die Schranken dieses Hauses gerufen. Ich erlaube mir auf diesen Satz zu erwidern, daß nach meiner Ueberszeugung das Aeußerste, was der Bestand Oesterreichs verträgt, der Dualismus ist, und daß jeder Schritt weiter den Bestand Oesterreichs zu bedrohen im Stande ist. (Richtig! Sehr wahr! links.)

Es wäre dankenswerth gewesen, wenn der Herr Abg. Greuter uns jene Verfassung gezeichnet hätte, von welcher er sagt, daß die Völker Oesterreichs sich für dieselbe begeistern möchten, was er der Februarverfassung nicht nachsagte und womit ich größtentheils einverstanden bin.

Ich möchte wissen, ob unter den Umrissen jener Verfassung auch jene Eigenthümlichkeiten des tirolischen Landes enthalten sind, für die im tirolischen Landtage so mannhafte eingetreten worden ist, z. B. religiöse Intoleranz, absolutistische Bevormundung der Schule durch den Clerus, jene Sympathien für die moskowitzischen föderalistischen Bestrebungen, oder noch mehr der Bruch des Reichsrechtes durch das Landrecht, der Bruch des Landrechtes durch das Stadtrecht, vielleicht noch der Bruch des Stadtrechtes durch das Pfarrecht, mit einem Worte: der Bruch des Reichsrechtes durch den Syllabus. (Heiterkeit links.) Ich habe die höchste Achtung vor dem Patriotismus der Tiroler; die Tiroler haben sich für den Bestand des Reiches in die Bresche gesetzt; die Tiroler haben dadurch einen besonderen Standpunkt angenommen, der seinen Ausdruck in allerhand Bedorungen gefunden hat, die ihnen zugefallen sind. Ich kann mich erinnern, daß sie seinerzeit und heute noch einen anderen Modus der Beistellung der Rekruten haben, sie hatten einen anderen Salzpreis, sie hatten theilweise auch andere Tabakpreise, nun wollen sie auch ein eigenes Staatsrecht.

Ich verkenne nicht die Verdienste; die Blutstropfen der tapferen Kämpfer an der Grenze des Reiches sind dankbar von allen, die sie geschückt haben, gezählt. Auch wir erinnern uns, daß sie die Vorbeeren Garibaldi's in die Brenta und Chiesja geworfen haben, und können nur wünschen, daß sie nicht wieder an das Ufer schwimmen, wie die Vorbeeren von Custozza, die auch

in den Mincio geworfen worden sind und von der Diplomatie wirklich wieder herausgefischt worden sind. (Heiterkeit.)

Aber alle diese Verdienste geben keinem Tiroler das Recht, die österreichische Kaiserkrone, und wäre es auch nur einstweilen und experimentell, in den Jun zu versenken, um die gefürzte Grafenkrone neben der mythischen Wenzelskrone oder etwa dem Herrenhute der windischen Mark aufzupflanzen statt der uralten, glänzenden großen Kaiserkrone. (Beifall. — Abg. Greuter meldet sich zum Worte.)

Ja, meine Herren, ich bin alt genug und altgewohnt an Zustände gewesen, welche noch immer den Centralismus als etwas bestechendes für mein Herz erscheinen lassen.

Aber wie die Lage des Reiches ist, unser Verstand gehört dem Dualismus.

Redlich müssen wir diesen nun wollen, und über diese Kluft des Dualismus hinüber gibt es eine einzige goldene Brücke, und das ist die kaiserlich österreichische Reichskrone.

Sie verbindet diese Theile und ich hoffe, sie wird sie noch einmal so eng verbinden, wenn Gottes Segen dabei ist, daß Oesterreich seine ganze Kraft zu entfalten im Stande ist (lebhafter Beifall links) mag der Adler Tirols gesegnet über diese goldene Brücke fliegen und mag er, wie schon öfter, auf ihrem Geländer von uns gesegnet und geliebt rasten, aber alle, die auf dieser Brücke wandeln, wandeln dem großen Zwecke des Reiches zu. Wenn sie sich einen Schutz wünschen, so wünschen sie sich mit mir keinen anderen Schutz, als den der mächtigen Flügel des uralten kaiserlichen Adlers. (Lebhafter Beifall, Rufe: Sehr gut links.)

Se. Excellenz Reichskanzler Freiherr v. Beust: Meine hochgeehrten Herren! Das Verlangen, welchem der Bericht des geehrten Finanzausschusses Ausdruck gibt, das Verlangen nämlich nach einem Landesministerium, das heißt also nach einem Ministerium, welches den zu der ungarischen Krone nicht gehörigen Königreichen und Ländern ausschließlich angehöre und von dem mit der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten zu betrauten Reichsministerium auszuscheiden ist — dieses Verlangen ist offenbar ein entschiedener Fortschritt auf dem Wege der Annahme und Ausführung des Ausgleiches, überhaupt der Entwicklung unserer verfassungsmäßigen Zustände, und eben deshalb kann dieses Verlangen nur als etwas erwünschtes betrachtet werden.

Die Frage, zu welchem Zeitpunkte aber diese Constituirung und beziehentlich Ausscheidung zu erfolgen hat, diese Frage zu beantworten, ist mir heute sehr leicht gemacht dadurch, daß ich hinweisen darf auf ein sehr wichtiges und belangreiches Schriftstück, das heute zur allgemeinen Kenntniß gelangt ist, und ich darf wohl darauf hinweisen, daß, wenn seit der Zeit, wo es geschrieben wurde, vielleicht die Anschauungen sich ändern konnten, die Verhältnisse genau die nämlichen geblieben sind und hieraus wohl in Bezug auf den ganzen Verlauf der Angelegenheit und das Verhalten der Regierung jetzt sich ein unbefangenes Urtheil wird bilden können.

Ich darf ferner auch Bezug nehmen auf dasjenige, was der geehrte Abg. v. Kaiserfeld sagte mit Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu welchem das diesseitige Ministerium einzutreten hat. Demjenigen, was diese beiden Stimmen hervorgehoben haben, darf ich nur noch wenige zusätzliche Bemerkungen beifügen. Zunächst darf ich darauf aufmerksam machen, daß theilweise die Ausscheidung der Agenden im Finanzministerium und zum Theile auch im Handelsministerium durch die in Aussicht stehenden Verhandlungen der Deputationen erst wird bedingt werden und sich übersehen lassen. Ein anderer Grund der Zögerung aber, der sehr praktischer Natur ist, besteht darin, daß eine Alterirung des gegenwärtigen Provisoriums auf ungarischer Seite das Entgegenkommen bei Gelegenheit der bevorstehenden Deputationsverhandlungen nicht wohl erleichtern, sondern eher erschweren könnte.

Ich bitte, dieses Moment nicht zu gering anzuschlagen, ich bitte aber auch, es nicht zu mißbrauchen. Es ist eine falsche Voraussetzung, wenn man deshalb annehmen wollte, es liege in dieser Betrachtung eine Speculation von ungarischer Seite auf eine größere Nachgiebigkeit des diesseits bestehenden Ministeriums. Das wird sich wohl bei allen Verhandlungen ähnlicher Natur, auch selbst in Privatverhältnissen bewahrheiten,

daß, wo bereits der Vertreter des einen Theiles mit bestimmten Personen und Verhältnissen auf der anderen Seite bekannt ist, das Eintreten in die Verhandlungen mit weniger Zurückhaltung erfolgt, als dies zu besorgen ist, wenn eben eine Veränderung eintritt und ein Verhältniß des Bekanntheits nicht besteht. Sollte gleichwohl hieraus eine Besorgniß geschöpft werden, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß ja die Deputationsmitglieder dafür da sind, um das diesseitige Interesse gegen die Bevorzugung des entgegenstehenden Interesses zu schützen.

Ich glaube, ich spreche damit eine Ansicht aus, die auch anderwärts von sehr bedeutender Seite getheilt wird, daß gerade diejenigen Personen, die dabei mitwirken haben, der gestellten Aufgabe, die ich eben erwähnte, am besten nachkommen, wenn sie sich in der unabhängigen, von allen Rücksichten freien Stellung des Abgeordneten befinden. Dagegen wird, wenn die Deputationsverhandlungen zu ihrem Abschlusse gelangen, der Zeitpunkt gekommen sein, wo das diesseitige Ministerium definitiv zu bilden ist, wo dann diesem Ministerium und jedem seiner Mitglieder die unerläßliche Aufgabe gestellt sein wird, den Ausgleich mit Ungarn im Reichsrathe durchzuführen.

Selbstverständlich kann und wird es dieser Aufgabe und ihrer Lösung nur förderlich sein, wenn Mitglieder des Reichsrathes und insbesondere des Abgeordnetenhauses, welche der Majorität angehören und ihrer versichert sind, berufen werden und diesem Rufe Folge zu geben sich entschlossen zeigen.

Ich erlaube mir noch eine kurze Entgegnung auf einen geehrten Redner von dieser (auf die Rechte zeigend) Seite des Hauses; ich möchte meine Worte mit dieser Entgegnung schließen, weil ich damit mich mehr auf einen allgemeinen Standpunkt der Regierung zu stellen Gelegenheit finde. Es hat dieser geehrte Redner mit begreiflicher Wärme des Gefühles von dem Lande gesprochen, dem er angehört. Wie bereits zwei Redner von dieser Seite des Hauses (auf die Linke deutend) ihm entgegengetreten, weiß gewiß jeder in dieser Versammlung das Große, das dort geleistet wurde, anzuerkennen, ein jeder schließt sich der Verherrlichung der bis in die neueste Zeit reichenden geschichtlichen Erinnerung an, und die Regierung ist gewiß die letzte, welche sich davon anschließt. Nur ist wohl zu bedenken, daß diese großen Eigenschaften und Leistungen, die er mit Recht hervorzuheben in der Lage war, keinen Maßstab geben für dasjenige, was zu geschehen hat, für die Anschauungen, die nothwendig sind, wo es sich um die Herstellung verfassungsmäßig geordneter, dem Reiche Leben gebender Einrichtungen für das Reich handelt. (Zustimmung links.)

Der geehrte Redner sprach sich gegen den Antrag auf Errichtung eines Landesministeriums aus, wiewohl es mir fast den Eindruck machte, als sei er der Meinung, recht sehr auf ein Landesministerium im engeren Sinne des Wortes Bedacht zu nehmen. (Heiterkeit.) Zugleich bestritt er aber auch wiederum die Kompetenz des Reichsrathes. Ich glaube nicht wieder darauf zurückkommen zu sollen, nachdem beide Häuser des Reichsrathes die Kompetenzfrage durch verfassungsmäßig gefaßte Beschlüsse definitiv entschieden haben.

Ich erlaube mir aber doch noch auf eine seiner Aeußerungen Bezug zu nehmen. Er sagte, eine vorlaute öffentliche Meinung klopfte an die Thüre dieses Hauses und wolle, daß dieses Haus eine Constituante werde.

Ich bekenne, daß mir etwas von dieser öffentlichen Meinung und ihren Ausprüchen nicht begegnet ist (Rufe links: Sehr gut!); wohl aber ist mir etwas anschaulich geworden, daß, ehe der Reichsrath zusammentrat, lange bevor er zusammentrat, nachdem er zuerst wieder einberufen worden war, nicht eine „vorlaute öffentliche Meinung“, sondern eine stille, geheime Meinung nicht an die Thüren dieses Hauses klopfte, sondern sich vor die Thüren dieses Hauses stellte (Rufe: Sehr gut! Bravo!), um der Regierung zuzurufen: „Sie wissen nicht, was Sie thun; Sie rufen eine Constituante zusammen, aber Sie würden sich irren, wenn Sie glauben, daß dieser Reichsrath sich in den geordneten Bahnen verfassungsmäßiger Zustände, verfassungsmäßiger Normen bewegen und darnach handeln werde.“ (Rufe: Sehr gut! Bravo!) Nun, meine Herren, ich glaube, diese stille, geheime Meinung ist beschämt worden (Bravo!), sie wird noch mehr Erfahrungs machen, und wenn sie diese Erfahrungen nicht mit Bitterkeit zurückweist, sondern beherzigt und würdigt, dann wird die Aussöhnung der Parteien und Nationalitäten in Oesterreich (Rufe: Bravo! Sehr gut!) um so schneller unter der Mitwirkung beider Häuser des Reichsrathes für jede Regierung in Oesterreich eine unabweißliche, aber erfüllbare Aufgabe werden! (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Abg. v. Mende (gegen) stellt den Antrag: das hohe Haus wolle beschließen:

Es sei über den in Frage stehenden Ausschufsantrag auf Botirung einer Adresse an Se. Majestät mit der Bitte um Errichtung eines Ministeriums für die Angelegenheiten der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Redner begründet seinen Antrag durch die Erwägung, daß eine Kundgebung des Hauses, welche stark genug wäre, einer parlamentarischen Regierung zur Grundlage ihrer Ausgleichsaction zu dienen, bisher noch fehle.

(Der Antrag Mende's wird hinreichend unterstützt.) Abg. Mühlfeld stellt den Zusatzantrag, vor den Worten des Antrages zur Tagesordnung einzuschalten: „für dermalen“, und begründet dies unter Hinweis darauf, daß mit dem bloßen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung die Frage für die Zeit der ganzen Session gefallen wäre.

Der Antrag Mühlfeld wird ebenfalls unterstützt. Abg. Mende conformirt sich mit demselben.

Abg. Greuter wendet sich zuerst mit einigen Bemerkungen gegen Abg. Schindler und fährt dann fort:

Die Entgegnung, welcher mich der Herr Reichskanzler gewürdigt hat, war mir eine ganz neue. Von uns Tirolern hat er nämlich indirect gesagt, daß wir der lauten Meinung gegenüber eine stille äuferten. Es ist das erste mal, daß wir gehört haben, wir Tiroler trieben eine stille Politik. (Beifall rechts.)

Wir haben unsere Ansicht unter Gottes freiem Himmel ausgesprochen, daß aber die laute Sprache unserer Adresse zur Stille geworden, das war nicht unsere Schuld, denn wir haben sie nicht in den ministeriellen Papierkorb geworfen. (Widerspruch links, — Heiterkeit, Rufe: Das ist ein Mißverständnis.)

Man scheint uns gar zu verdächtigen, als ob wir gegen den Ausgleich mit Ungarn wären, wir, von denen es doch allbekannt sein muß, daß wir in der Presse fortwährend als schwarze Eschen, als Freunde der Rastelbinder und Mäuselalhändler bezeichnet sind. (Großes Gelächter.)

Woher kommt dieser Vorwurf? Etwa weil wir von jeher für die ungarischen Rechte eingetreten sind? (Vermehrte Heiterkeit.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Greuter fortfahrend: Weil wir der lebendigen Ueberzeugung sind, daß in der Achtung des tausendjährigen Rechtes Ungarns zugleich auch die Selbstständigkeit unseres Landes gewahrt sei?

Wir kämpfen nur dagegen an, daß Sie mit dem Pfluge der Contumacirung der Rechte dasjenige niederrennen wollen, was seit Jahrhunderten als Recht in Oesterreich gegolten hat. (Bravo! Bravo! rechts.)

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Ich erlaube mir einige Worte zur Entgegnung und Aufklärung auf die eben vorgebrachten Bemerkungen. Der geehrte Herr Vorredner hat sich, wie ich glaube, sehr unnützer Weise benommen über den angeblichen Vorwurf, der von Seite der Regierung dem Tiroler Lande und dessen Vertretern gemacht worden wäre. Ich habe, glaube ich, mit keinem Worte Tirols erwähnt, wenn ich von einer stillen geheimen Meinung sprach, die ich jener vorlauten öffentlichen Meinung gegenüberstellte; ebenso wie der Herr Vorredner das vollkommen freie Recht für sich in Anspruch nimmt, von der öffentlichen Meinung zu reden, so glaube ich, habe auch ich das Recht, von der geheimen Meinung zu sprechen. (Links: Sehr gut.) Ich würde um so mehr es bedauern, wenn der geehrte Vorredner diesen meinen Ausspruch ausschließlich auf Tirol beziehen wollte, weil ich, indem ich diese Worte aussprach, mich durchaus nicht bloß nach einer Himmelsgegend hinwenden wollte. (Sehr gut! links.)

Wenn der geehrte Redner aber auf die Tiroler Adresse hinwies und davon spricht, sie sei in den ministeriellen Papierkorb geworfen worden, so kann es mir allerdings nicht gleichgiltig sein, zu wissen und zu glauben, daß mein geehrter Vorredner mit meinem Papierkorb in so directer Beziehung steht. (Beifall. — Große Heiterkeit.)

Ich erlaube mir aber doch darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn er eine Antwort vermisst, ich darüber etwas erstaunt bin. Er weiß, daß die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain eine Antwort erhalten haben, und ich finde darin, daß sich der Herr Abgeordnete aus Tirol damit, daß er eine gleiche Antwort nicht erhielt, unzufrieden zeigt, keine besondere Aufmunterung für künftige Fälle. (Lebhafter Beifall. Große Heiterkeit.)

Nachdem Abg. Dr. Rechbauer gesprochen, um die historische Berechtigung des Dualismus zu erweisen und als Grund für die Zurückziehung der von ihm beabsichtigten Interpellation betreffs der Bildung eines Ministeriums den inzwischen gefaßten Beschluß des Finanzausschusses angegeben, ergreift das Wort

Abg. Dr. Toman. Ich halte den Ausschufsantrag für höchst gefährlich und will dem Hause die Beantwortung der Frage überlassen, ob es mit der verfassungsmäßigen Entwicklung im Einklange steht, ein Ministerium, welches die Verfassung nicht kennt, vom Kaiser zu verlangen.

Ich glaube dies im Interesse des Hauses vorbringen zu müssen, weil hier dieses Moment der Frage noch gar nicht berührt worden ist. Ich frage weiter, was für ein Land ist denn das, wofür ein Ministerium bestellt wird? Ich kenne es nicht, auch das Haus kennt es nicht. Heißt es vielleicht Eisleithanien? Dann bedauere ich, daß in diesem Worte nicht nur der Begriff, sondern auch die Sache zu Grunde gehen werde. In diesem Worte liegt, daß alle Königreiche und Länder zu einem beliebigen Namen zusammengeschmolzen werden sollen.

Man versuche es, die Symbole der Königreiche und Länder in den Centralisationsmelztiegel hineinzuwürfen. Die Krone wird man nicht herausziehen. Der kaiserliche Adler trägt heute noch den windischen Hut, wie

sich der Abg. Schindler so höhnisch und . . . . . ausdrückte. Für den Abgeordneten von Wien sind diese Symbole zu gering. Natürlich für Wien wäre die Centralisation in jeder Beziehung das vorzüglichste und einfachste Princip, Oesterreich zu organisiren.

Präsident: Ich muß den Redner darauf aufmerksam machen, daß, wenn ich ihn recht verstanden habe, ihm ein Wort entchlüpft ist, das hier im Hause noch nicht gehört wurde. Vielleicht habe ich den Herrn mißverstanden. Es kann gegen keinen Redner von einem anderen Redner der Vorwurf ausgesprochen werden, daß er sich „schmähsch“ ausgedrückt habe. (Abg. Toman dazwischenrufend: Ich habe „schmähsch“ gesagt. . . .) Wenn ich daher richtig gehört habe, so müßte ich den Herrn Redner bitten, das Wort zurückzunehmen.

Abg. Dr. Toman: Daß der Herr Abg. Schindler „schmähsch“ auf die einzelnen Königreiche und Länder, speciell aber auf die Zeichen derselben, auf die Kronen und Hüte gesprochen hat, darüber berufe ich mich auf das Haus, das ist eine Thatsache, und ich nehme das Wort nicht zurück. (Abg. Schindler dazwischenrufend: „Aber geschmäht habe ich niemanden.“)

Präsident: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall links; großer Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Toman: Ich ertrage sehr gerne den Ordnungsruf, denn ich habe ihn nicht verdient. (Bewegung.)

Was soll denn, ruft Redner fortfahrend, aus den Ländern diesseits der Leitha werden? Das ist noch nicht klar, aber das Eine ist klar, daß sie centralisirt werden sollen. Wenn Sie mit diesem Principe ein Majoritätsministerium bilden wollen, so werden wir Ihnen von dieser Seite antworten, Sie können kein Majoritätsministerium bilden, denn Sie sind die Minorität. (Widerspruch links, Bewegung.) Wenn ich auf die bisherige Thätigkeit des Reichsrathes blicke, so beschleicht mich und einen jeden Furcht und Angst über die Art und Weise, wie wir vorwärts gehen; wir haben schönes Meublement, schöne Ornamente in echt liberalem Sinne, was den Beifall der Tagespresse erhält, aber das Haus haben wir nicht, die Existenz haben wir nicht; denn die ruht in der Sicherheit der Nationalitäten, in der Sicherung der Eigenthümlichkeiten der Königreiche und Länder. Lassen Sie die Worte des Vertreters einer so kleinen Minorität nicht an sich vorübergehen und denken Sie, daß auch zwischen uns der Ausgleich zu Stande gebracht werden muß. Wenn man davon spricht, daß die Deutsche nie unterdrückt haben, so will ich nur an die Worte erinnern, die im steierischen Landtage gefallen und welche besagten: „Wenn wir Deutsche nicht herrschen können, wenn wir die Suprematie nicht haben sollen, so liegt uns an Oesterreich nichts.“ So sprach ein Slave nie. (Beifall rechts, großer Widerspruch links.) Das ist der Unterschied zwischen unserem Patriotismus und dem jener Herren, welche das Wort „Gleichberechtigung“ immer im Munde führen.

Wenn der Herr Reichskanzler die Nothwendigkeit einer Aussöhnung mit den Völkern anerkennt, so kann ich dies nur im Interesse des Reiches mit Freuden begrüßen, muß aber wünschen, daß er jene Mittel dazu wählt, welche dem Volke und nicht einer parlamentarischen Majorität entsprechen. In Bezug auf die formelle Seite der Frage hält Redner den Finanzausschuß nicht für berechtigt, einen solchen Antrag zu stellen, und erwartet auch, daß derselbe in sich selbst zerfallen werde. Wenn die Frage der Bildung eines parlamentarischen Ministeriums in essentia einmal zur Verhandlung kommt, so wird es zu betonen sein, daß dies eine Verfassungsfrage und zur Beschlußfassung in derselben Zweidrittelmajorität nothwendig sei.

Redner schließt unter dem Beifalle der Rechten.

Abg. Rechbauer weist den vom Vorredner dem steierischen Landtage gemachten Vorwurf, daß derselbe zwei slovenische Abgeordnete zur Annahme des Reichsrathsmandates gezwungen habe, zurück.

Nachdem noch die Abgeordneten Dr. Nyger und Zbylkievicz (gegen) den Antrag gesprochen, gibt

Abg. Giovanelli in seiner Entgegnung auf die Auseinandersetzungen des Abg. Rechbauer einen geschichtlichen Ueberblick des alten Verfassungsrechtes Tirols, das nicht, wie behauptet wird, ein ungeschriebenes sei, sondern in hundert Bänden bestehe. Nach diesem Verfassungsrecht seien nicht der Adel und die Geistlichkeit die bevorzugten Stände des Landes gewesen, sondern der Bauer habe gleiche Rechte mit ihnen genossen. (Dr. Toman: Hört einmal da drüben! — Gelächter.)

Es sei auch von „schwarzen Einflüssen“ gesprochen worden. Ja, bei uns gilt noch die Geistlichkeit etwas; unser Volk hat noch kirchliches Bewußtsein; Patriotismus und Religiosität sind bei uns verschwiferte Gedanken, und Tirol hat seine Bedeutung verloren, wenn es seine Religiosität verloren hat. Zum Schlusse erklärt Redner, aus den bereits von anderer Seite angeführten Motiven gegen den Antrag stimmen zu wollen.

Abg. Schindler entgegnet auf die letzte Bemerkung des Vorredners; er habe allerdings sich viel mit der Geschichte Oesterreichs und seiner Länder beschäftigt, aber von den 100 geschriebenen Bänden der Landesverfassung Tirols sei ihm nichts vorgekommen.

Kaiser Franz habe gewiß nicht mit dem tirolischen Landrechte, das in den 100 Bänden niedergelegt sein soll, bestimmen wollen, daß, wenn die Centralgewalt des

Reiches etwas beschleße, dieses erst der Genehmigung des Tiroler Landtages vorgelegt werden müsse; ja, wenn eine solche Forderung an den höchstseligen Kaiser Franz gestellt worden wäre, er würde sich schwerlich damit begnügt haben, sie in den Papierkorb zu werfen, sondern er hätte mit den Unterzeichneten auch noch einige Worte zu sprechen gehabt. (Heiterkeit, Bravo.)

Es sei davon gesprochen worden, daß die Kirche in Tirol noch etwas gelte. Bei uns gilt die Kirche auch noch etwas, auch uns ist sie ein religiöser Trost. Aber wir unterscheiden uns von der Gegnerpartei dadurch, daß wir die Kirche nicht für politische Zwecke verwenden (Bravo), und ich glaube, daß die Minister nach den mit dem Concordate gemachten Erfahrungen auch keine Lust mehr haben, mit der Kirche als politisches Werkzeug zu experimentiren. (Sehr gut, Heiterkeit.)

Abgeordneter Toman hat mir vorgeworfen, ich hätte den Herrnhut der windischen Mark geschmäht; ich glaube die Form des Anstandes niemals verlegt zu haben, sondern sagte: „Ich kann es nicht dem besten Tiroler zugestehen, die Kaiserkrone in den Inn zu versenken und dafür, wenn auch nur einstweilen, die gefürstete Grafenkrone und die mythische Wenzelskrone oder den alten windischen Herrnhut heranzuholen.“ Das ist ein alt-heraldisch richtiger Ausdruck, und wenn die Heraldik ein anderes Zeichen im österreichischen Wappen hätte, so würde ich es bezeichnet haben, und es ist nicht meine Schuld und nicht die Schuld des Abg. Toman, daß ich nicht sagen konnte: die Königskrone von Slovenien. (Große Heiterkeit.)

Abg. Toman: Ich bitte um das Wort zu einer factischen Berichtigung.

Ich muß wohl constatiren, daß abermals schmähernd gesprochen worden ist. Ich habe früher auch nicht gesagt, daß Abg. Schindler etwas geschmäht hätte, sondern daß er schmähernd gesprochen habe, und er hat auch früher in dem Tone, in welchem er jetzt zum Schluß sich einen Spaß erlaubt hat, gesprochen, und das war schmähernd. Ich sage das dem Herrn Abgeordneten Schindler, da er sagt, daß er früher nicht zugegen war, und ich gehe aber noch einmal auf das zurück, was Herr Schindler sagte, da er schmähernd sprach, und was für eine Sprache er geführt hat, hat er jetzt gezeigt; so sprach er auch früher, ohne dafür einen Ordnungsruf erhalten zu haben.

Präsident: Die letzten Wort sind an mich gerichtet und das h. Haus wird mir gestatten, etwas zu erwidern. Ich habe die Redefreiheit, so lange ich die Ehre habe, dem h. Hause vorzusitzen, in den weitesten Grenzen der freien Bewegung gelassen, und das h. Haus wird mir das Zeugniß geben (Zustimmung), daß ich keinem Redner irgend welches Hinderniß in den Weg gesetzt habe, seine Anschauungen in der weitesten Weise auszusprechen. Wenn aber ein Redner die Aeußerung eines anderen „schmäherlich“ nennt (Toman: „schmähernd“!), dann hielt ich es für meine Pflicht, nach dem § 49 der Geschäftsordnung meine Mißbilligung durch den Ruf zur Ordnung auszusprechen. Ich war so vorsichtig, ausdrücklich ein Mißverständnis als möglich voranzusetzen, und ich habe den geehrten Herrn Redner gefragt, ob ich ihn nicht mißverstanden hätte, wenn ich angenommen habe, daß er den Ausdruck „schmäherlich“ gebraucht, und der Herr Redner hat dies Schappoir zurückweisend gesagt: „Ja, ich habe das Wort gebraucht und wiederhole es“, und das habe ich für eine Verletzung des Anstandes gehalten. (Toman: „Das war nicht so!“) Und darum habe ich mich veranlaßt gesehen, meiner Pflicht folgend, eine Mißbilligung über diesen Vorgang in der gesetzlich vorgezeichneten Form auszusprechen.

Ich habe mich möglicher Weise geirrt, darum setze ich den Irrthum als möglich voraus und fragte, ob ich mich nicht geirrt habe, und auch das zweite Schappoir wurde zurückgewiesen und gesagt: Ich wiederhole den Ausdruck.

Daß ich aber auch nicht schlecht gehört habe, davon giebt das stenographische Protokoll Zeugniß, welches — und die Herren Stenographen haben es ebenso aufgefaßt — sagt: „Wie der Herr Abg. Schindler heute sich so „schmäherlich“ ausgedrückt hat.“ (Rufe links: „Ja!“) Ich bedaure, meine Herren, nochmals, daß der unangenehme Zwischenfall mich zum ersten male, seit ich die Ehre habe dem h. Hause vorzusitzen, in die Lage gebracht hat, von dem Ordnungsrufe Gebrauch zu machen, um so mehr, als ich unmittelbar vorher den verehrten Herrn Redner gebeten habe, da ich gesehen, daß die Stimmung des Hauses eine gereizte sei, sich möglichst mäßig zu halten und nicht zu unliebsamen Bemerkungen Anlaß zu geben. Ich bedaure das um so mehr, weil es meiner Anschauung widerspricht, gegen ein Mitglied des h. Hauses von der Vorschrift des Gesetzes Gebrauch machen zu müssen, da mir andererseits von dem h. Hause so viel Güte und Willfährigkeit entgegengebracht wird. (Bravo, Bravo! links.)

Abg. Dr. Toman: Ich bitte um das Wort zur factischen Aufklärung. Es ist möglich, daß Herr Präsident mich nicht verstanden haben, und in diesem Falle muß ich meinem Rechte die Gründe und Thatsächlichkeit wahren. Der Herr Präsident haben gefragt, ob ich das Wort „schmäherlich“ gebraucht habe, ich habe gesagt „schmäherlich“, ich habe mich nämlich nicht so ausgedrückt als ich wollte, weil mir die deutsche Sprache nicht so geläufig ist (Heiterkeit links), ich wollte sagen, „schmähernd“, und ob Herr Abg. Schindler schmähernd zu reden weiß,

bitte ich das h. Haus selbst urtheilen zu lassen, und ob er in diesem Falle nicht so sprach, wolle das h. Haus sich selbst fragen.

Als Herr Präsident mich fragten, was ich sagte, erwiderte ich: „schmähernd“ und zur Wahrheit dessen, daß ich das sagte, berufe ich mich auf meine Umgebung, und wenn es Herr Präsident überhört haben, so ist das nicht meine Schuld, und wenn das im stenographischen Protokolle steht, so steht es falsch darin.

Präsident: Ich glaube, durch die Erklärungen, die Herr Dr. Toman gegeben hat, ist die Sache wohl hinlänglich aufgeklärt. Wenn er nicht das Wort „schmäherlich“ gebraucht hat, so liegt ein Mißverständnis über das Geäußerte überhaupt zu Grunde. Wenn er aber das Wort „schmäherlich“ anfänglich gebraucht hat, so hat er erklärt, daß die mindere Kenntniß der deutschen Sprache ihn die Tragweite eines solchen Wortes nicht überblicken ließ, und da er, weil, wie ich recht gerne zugesteh, im Lärm und in der Unruhe des Hauses die letzte Silbe des Wortes nicht deutlich wahrzunehmen war, das Wort „schmäherlich“ durch das Wort „schmähernd“ corrigirt und richtiggestellt zu haben wünscht, so wäre die Intention nicht vorhanden gewesen, jenen Ausdruck in der Tragweite gebraucht zu haben, und die Sache ist erledigt.

Abg. Dr. Toman: Dann, Herr Präsident, habe ich den Ordnungsruf nicht verdient.

Präsident: Ich muß den Herren Abgeordneten die Geschäftsordnung in Erinnerung bringen, welche diesfalls kein Rechtsmittel zuläßt. Ich glaube die Sache in einer Weise erledigt zu haben, womit sich der Herr Abg. Dr. Toman vollständig zufrieden geben kann.

Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen.

Berichterstatter Freiherr v. Tinti wendet sich gegen die Bemerkungen des Abgeordneten Toman, der Finanzausschuß sei nicht berufen, einen derartigen Antrag zu stellen. Gerade die Erfüllung der dem Ausschusse zugewiesenen Aufgabe habe zur Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer getrennten Finanzleitung geführt, und die weitere Betrachtung habe die Creirung eines selbständigen Landesministeriums als wünschenswerth erscheinen lassen.

Der Ausschuß hat nicht in das politische Gebiet übergreifen, sondern sich streng an die finanzielle Seite gehalten und sei zu diesem Resultate gekommen.

Nichtsdestoweniger habe der Ausschuß über die vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung abgegebene Erklärung noch während der Debatte zu einer Sitzung sich versammelt und zu folgendem Antrage sich geeinigt:

„Durch die vom Reichskanzler im Namen der kaiserlichen Regierung abgegebene Erklärung entfällt die Nothwendigkeit der vom Ausschusse beantragten Adresse, und es findet daher der Ausschuß den gestellten Antrag zurückzuziehen.“

Präsident: Es liegt also kein Object zur Abstimmung vor, und der Gegenstand ist hiemit erledigt. (Rufe: Schluß der Sitzung.)

Präsident: Vor der Abstimmung über den Schluß der Sitzung habe ich noch folgende Note Sr. Excellenz des Reichskanzlers an das Präsidium des Abgeordnetenhauses, die mir soeben zukaun, mitzutheilen (liest):

„Mit Beziehung auf mein Schreiben vom gestrigen Tage beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren den Wunsch auszudrücken, veranlassen zu wollen, daß die Wahl der nach dem Gesetze vom 16. Juli aus dem h. Hause zu entsendenden Deputationsmitglieder mit möglichster Beschleunigung vorgenommen werde.“

Ich schlage vor, daß diese Mittheilung des Reichskanzlers dem Verfassungsausschusse mit der Aufgabe zugewiesen werde, so bald als möglich darüber zu berichten.

Abg. Pratobevera bittet als Obmann des Ausschusses das Haus, den Verfassungsausschuß zu ermächtigen, mit den gestatteten Abkürzungen seinen Bericht an das Haus gelangen zu lassen. (Angenommen.)

Schluß der Sitzung 2 Uhr 50 Minuten. Nächste Sitzung morgen.

Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung über die Anträge des Ausschusses für das Strafgesetz; Bericht des confessionellen Ausschusses über den Antrag des Abg. Herbst; eventuell: Bericht des Verfassungsausschusses über die Wahl der Deputation.

## Oesterreich.

Wien, 18. Juli. (Deb.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erhielt der Abg. Kuranda ein Telegramm aus Galacz, welches die betrübende Mittheilung enthielt, daß in den Donaufürstenthümern, trotz allen von Seite der rumänischen Regierung den Cabineten von Wien, Paris und London gegebenen Erklärungen wüthende Judenverfolgungen noch immer an der Tagesordnung sind. So wurden am 17. d. in Galacz zehn Juden, unter dem Vorwande, daß sie Bagabunden seien, auf türkisches Gebiet hinübergeschafft. Türkische Cavassien brachten sie aber wieder auf rumänisches Gebiet zurück. Hier aber widersetzten sich die Grenzpolizisten ihrer Ausweisung, die sie durch Drohungen mit ihren Bajonetten zu hintertreiben suchten. Stundenlang mußten die armen Unglücklichen, den heißen Strahlen der Sonne ausgefetzt, im Wasser

bleiben. Drei von ihnen fanden den Tod in den Wellen der Donau, zwei wurden durch die ausgestandenen Qualen wahnsinnig. So geschehen unter dem Regime jenes Fürsten, der sich des besonderen Schutzes Preußens zu erfreuen hat. Abg. Kuranda zögerte nicht, dieses Telegramm Sr. Excellenz dem Minister v. Benst zu überreichen, der sich gerade erhob, um eine Rede zu halten, und während er sprach, war auch das Telegramm in seinen Händen sichtbar. Nach beendigter Sitzung las der Minister die Depesche und gab sofort dem österreichischen Consul in Jassy telegraphisch den Auftrag, in energischer Weise die Entrüstung des Wiener Cabinetes über die hier geschilderten Vorgänge auszudrücken, die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen und sich der armen Verfolgten, gleichviel ob sie österreichische Unterthanen seien oder nicht, mit Wärme anzunehmen. Wir sind überzeugt, daß diese den Forderungen der Zeit und der Humanität entsprechende Haltung des österreichischen Cabinetes überall die vollste Anerkennung finden werde.

## Tagesneuigkeiten.

— (Sechskläufige Hinterladungskanonen und unterseeische Minen.) Unter der Leitung des Artillerie-Comite's fand am 17. und 18. d. auf der Simmeringer Heide bei Wien das Probefchießen mit einer sechskläufigen Revolverkanone statt, welchem Acte viele Generale und Stabsofficiere der Garnison als Experten beiwohnten. Das neue Geschütz wirft 20 halbpfündige Vollkugeln in einer Minute nach einem 1800 Schritte entfernten Ziele und läßt sich ziemlich sicher handhaben, erfordert aber, wie der Berichterstatter des „Dr. Tagblatt“ meint, zu lange Aufstellungszeit, um sich als bewegliche Feldwaffe zu empfehlen. Als Positionsgeschütz dürfte der Sechskläufer wohl seine Schuldtigkeit thun. Die Drehung der Läufe wird durch eine Handturbel bewerkstelligt und, während der untere Lauf abgefeuert wird, der obere geladen. Die Schüsse folgen sich in gleichmäßigem Zeitraum und werfen die Kugel in rascher vernichtender Folge nach dem Gegenstand, den der sechskläufige Hinterlader sich zur Zielscheibe genommen. — Weiters hat das k. k. Kriegsministerium angeordnet, daß zur Erprobung der von dem pensionirten Fregatten-Capitän Lupic und dem Ingenieur Withead erfundenen Torpede (unterseeische Minen) eine Versuchscommission zusammenrete, welche das Detail-Programm der vorzunehmenden Versuche zu entwerfen und seinerzeit auch über den Werth der Erfindung zu entscheiden haben wird. Das Geheimniß dieser Erfindung wurde von den Obgenannten der kaiserlich österreichischen Regierung um den stipulirten Betrag von 800.000 fl. überlassen, welche in Ratenbeträgen nach Maßgabe der hiemit gemachten Proben und Erfahrungen ausbezahlt werden.

— (Gegen die Hundswuth.) In der „Presse“ lenkt ein Menschen- und Thierfreund die Aufmerksamkeit des Gemeinderathes darauf, „daß im Orient und in anderen Ländern die Hunde, gänzlich sich selbst überlassen, die Gassen der Städte bewohnen, bei enormen Hitzegraden nur lärglich von animalischen Ueberresten jeglicher Art leben und doch die Hundswuth allda unbekannt ist. Die Ursache davon, welche ich hier nicht weitläufiger berühren will, ist in den Werken der bedeutendsten Veterinärärzte, sowie in jedem Buche über Jägeret etc. zu finden. In Hinsicht darauf möchte es ganz unschädlich sein, durch einen Cyclus von mehreren Jahren die Probe zu machen, bloß die männlichen Hunde zu besteuern, die Hündinnen aber freizugeben. Durch dieses Verfahren würde vielleicht eine bedeutendere Abnahme des gefährdeten Uebels ermöglicht, und der Arme nicht dem Besitze des treuen Thiers gänzlich entzogen müssen.“

— (Die Urtheilspublikation in dem Prizbramer Silberdiebstahls-Processe) erfolgte am 17. d. in Prag unter ungeheurem Menschenandrang. Des Verbrechens des Diebstahls wurden schuldig erkannt zwölf Arbeiter, wovon zwei zu siebenjähriger, drei zu sechsjähriger, sechs zu fünfjähriger, einer zu dreijähriger schwerer Kerkerstrafe verurtheilt wurden. Als des Verbrechens der Mithschuld am Diebstahl schuldig, wurden Hüttenaufseher Brucel und Brenig zu je siebenjähriger, der Goldarbeiter Abraham Tauffig zu siebenjähriger, die Handelsleute Urbach, Vater und Sohn, zu je fünfjähriger schwerer Kerkerstrafe verurtheilt. Wegen Diebstahlsbetheiligung erhielten drei Frauen der verurtheilten Arbeiter drei- und zweimonatlichen Kerker, die Goldarbeitersgattin Johanna Tauffig zweijährigen, der Sohn Ludwig Tauffig sechsmonatlichen, der Buchhalter Grünhut achtmonatlichen und der Handelsmann Münz sechsmonatlichen Kerker; Handelsmann Feigl wurde wegen Mangels an Beweisen und Anna Lulesch gänzlich losgesprochen. Sämmtliche Angellagte haben solidarisch an die Carl Barromä-Gewerkschaft in Prizbram 3896 fl. 95 kr. und außerdem das vorgefundene Silber nach Rechtskraft des Urtheils zurückzuerstatten.

— (Ein furchtbares Hochgewitter) ging vor mehreren Tagen im Ampezzaner Thal (Süd-Tirol) nieder, welches mit einem wüthenden Sturme begann, dem unaufhörlich und von allen Seiten Blize und Donner, verbunden mit einem Gupfregen und Hagel, folgten. Außer Cortina schlug ein Blitz in den Telegraphendraht ein und spaltete in einem male 9 Telegraphenstangen, zerriß den Draht und schmolz die gläsernen Isolatoren. Oberhalb der Creppa entstand ein Waldbrand, der glücklicher Weise durch mehrere in der Nähe befindlich gewesene Arbeiter bald gelöscht wurde,

und der Blitzableiter des Kirchthurms fing allein drei Blizstrahlen auf. Leider kostete das Unwetter auch einer Mutter mehrerer Kinder das Leben, indem ein Strahl durch das ebenerdige Fenster in die Stube des Bäckermachers M. in Mortisa, wo sich viel Eisenzeug befand, eindrang und dessen Gattin augenblicklich tödtete.

(Das große Schachtturnier in Paris) wurde am 15. d. beendet. Den Kaiserpreis, bestehend in einer großen Vase von Sevres-Porzellan, gewann, wie bereits mitgetheilt, Kollisch, den zweiten Preis (800 Francs) Winaur, den dritten Preis (400 Francs) Steinig, den vierten Preis (200 Francs) Neumann.

(Die englischen Gefangenen in Abyssinien), die nun schon seit geraumer Zeit, seit Jahr und Tag, fern von aller Hilfe in der Gewalt des schwarzen Königs Theodor schmachten, haben aus dem fernen Africa schon manchen Hilferuf in die Heimat gesandt, ohne daß bis jetzt etwas entscheidendes geschehen wäre; die Regierung steht rathlos da und weiß nicht, wie sie mit dem halbwildem Negerfürsten zum Ziel kommen soll. Ihn zu bekriegen, wäre am Ende nicht so schwer, indische Truppen könnten nach Abyssinien besördert, der Vizekönig von Egypten zur Mitwirkung vermocht, König Theodors Feinde unterstützt werden und schließlich wäre der Zweck der ganzen Sache doch versehen und der schwarze Tyrann tödtete seine unglücklichen Opfer, ehe die Hilfe herannaht. Unter diesen Umständen räth die „Times“, die übrigens vollkommen der Ansicht ist, „daß etwas geschehen müsse“, den Weg der Unterhandlungen einzuschlagen und zu versuchen, ob man nicht mit viel geringeren Kosten die Unglücklichen lebendig loskaufen könne, als eine Expedition, die schließlich doch vielleicht nur ihren Tod rächen dürfte, erfordere. So gut wie man mit neapolitanischen Banditen diesen Weg einschlug und dem edlen „König der Berge“ in Griechenland gelegentlich ebenso beikommt, sollte man es auch mit dem Abyssinier versuchen, der ebenfalls wenig mehr als ein Bandit ist.

Locales.

(Die Notiz vom nächtlichen Alarm) in unserer Samstagnummer wird dahin ergänzt und aufgeklärt, daß ein Geräusch, welches der Bäckermeister in der Stadt Nr. 17 dadurch verursachte, daß er mit einer eisernen Stange unter der Thorschwelle eine Oeffnung durchschlug, um dem durch den heftigen Regenguß vom Hofraume durch das schief abfallende, mit Gebälde angefüllte Vorhaus in Strömen abfließenden Wasser einen rascheren Abfluß zu verschaffen, für einen Einbruchversuch gehalten wurde und die erwähnte nächtliche Scene zur weiteren Folge hatte.

(Eine blutige Schlägerei) fand gestern Abends in Schifka unter Soldaten vom hier garnisonirenden Regimente statt. In dem Wirthshause der Kirche gegenüber entstand beim Tanze Streit und artete zu einer Schlägerei aus, die bald eine solche Ausdehnung gewann, daß der Kampfplatz zu klein wurde und auf die Gasse verlegt werden mußte. Die Kämpfenden machten von der blanken Waffe so ausgiebigen Gebrauch, daß, wie Augenzeugen versichern, sehr erhebliche Verwundungen vorkamen. Eine herbeigerufte Patrouille trennte endlich die Wüthenden, die sich jetzt in wilder Flucht zu retten suchten, so daß nur fünf Mann in Gewahrsam gebracht werden konnten.

(Ueber den gestrigen Turner-Aussflug), der bei herrlichem Wetter unter ungemein zahlreicher Theilnehmung stattfand, werden wir morgen ausführlich berichten.

(Der Winterlehrcurs für Hebammen) mit slovenischer Unterrichtsprache an der hiesigen geburts-hilflichen Lehranstalt beginnt am 1. October. Laut Kundmachung der hohen Landesbehörde sind für denselben 10 Stipendien jedes mit 52 fl. 50 kr. nebst Ersatz der Reisekosten zu verleihen, auf welche Schülerinnen aus Krain Anspruch haben, wenn sie noch nicht über 40 Jahre alt sind und die nöthigen physischen und geistigen Eigenschaften besitzen. Bewerbungen um diese Stipendien sind längstens bis 25ten August d. J. beim betreffenden k. l. Bezirksamte einzubringen.

(Diöcesanveränderungen.) Herr Johann Kaplenk wurde am 10. d. M. als Pfarrer in Dblat installiert. Herr Dr. Johann Kulavie kommt als Cooperator nach St. Veit bei Sittich. Am 28. v. M. wurden die

Pfarrren Javor und Jara bei Kostel ausgeschrieben, weil die betreffenden Herren Pfarrer A. Jerina und Ignaz Jerin sich in den Ruhestand begeben haben.

(Schlußverhandlungen) beim k. l. Landesgerichte in Laibach. Am 24. Juli. Andreas Mihellic und Jakob Sajic: Todtschlag und Betrug. — Am 25. Juli. Mathias Brinovic: Betrug. — Am 26. Juli. Casper Sever: Diebstahl; Matthäus Malar, Alex Vizjat und Barth. Budavec: Schwere körperliche Beschädigung.

Neueste Post.

Wien, 19. Juli. Im Abgeordnetenhaus bringt der Justizminister die Strafnovelle ein, welche vier Momente umfaßt: Abschaffung der körperlichen Züchtigung, Abschaffung der Kettenstrafe, theils Aufhebung, theils Beschränkung der Ehrenfolgen. Hierauf wurde der Antrag des Verfassungsausschusses, die Deputationswahlen auf die nächste Tagesordnung zu setzen, angenommen. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die allgemeinen Principien des Strafgesetzes. Punkt drei, Theilung in entehrende und nicht entehrende Strafen, Punkt vier, Einzelhaft, und Punkt fünf bedingungsweise Entlassung der Sträflinge, wurde angenommen. Hierauf Bericht des Confessionsausschusses, der beantragt, Herbst's Gesetzentwürfe in verfassungsmäßige Behandlung zu nehmen. Jäger, gegen den Ausschufsantrag, bringt einen selbständigen Antrag dahingehend ein, daß der Ausschuf beauftragt wird, diejenigen Punkte des Concordats, welche eine Abänderung erheischen, zu präcisiren und dem Hause vorzulegen, damit das Haus sie verfassungsmäßig an die Regierung mit der Aufforderung übergebe, auf dem im Concordate bezeichneten Wege Abhilfe zu schaffen. Der Antrag wird in die Debatte eingezogen. Kremer spricht für den Ausschufsantrag. Fortsetzung der Berathung morgen. — In der Samstagtagung wurden die Herbst'schen Anträge mit großer Majorität angenommen; dagegen stimmten nur die Tiroler, die Slovenen (mit Ausnahme des Dr. Klun) und einige Polen. Die vorgeschlagene Wahl der Mitglieder der Ausgleichsdeputation ergab folgende Namen: Ziemialkowski, Hopfen, Tinti, Kaiserfeld, Vidulich, Herbst, Plener, Winterstein, Brestel, Klun.

Wien, 20. Juli. Einer ihrer Wiener Correspondenten schreibt der „Deb.“: „Es hat, gutem Vernehmen nach, das russische Cabinet in Paris soeben beantragt, auf die letzte türkische Depesche, welche die identische Note der vier Mächte ausweichend beantwortet, eine Rückäußerung folgen zu lassen, welche in dringlicher Weise die Nothwendigkeit, in der fretenischen Angelegenheit sofort etwas Entscheidendes zu unternehmen, darthun sollte. Das französische Cabinet sei jedoch, heißt es, nicht geneigt, abermals einen gemeinsamen diplomatischen Schritt bei der Pforte zu unternehmen.“

Telegramme.

Wien, 20. Juli. Die Wirthschaftscommission der Stadt Ofen hielt heute eine Berathung über den festlichen Empfang des Sultans, dessen Ankunft am 26ten oder 27. d. M. erwartet wird. Die Straßen von der Hofburg, wo der Sultan wohnen wird, bis zum Grabe des türkischen Heiligen Guel Baba nächst dem Kaiserbade werden in guten Zustand versetzt und festlich decorirt.

Paris, 20. Juli. Der König und die Königin von Portugal sind hier eingetroffen. — Die „Patrie“ schreibt: Die Kaiserin begiebt sich morgen nach England. Dasselbe Blatt, indem es die Absendung einer Note des Marquis de Moustier nach Berlin dementirt, versichert, die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich seien sehr befriedigend.

London, 19. Juli Abends. Im Oberhause richtet Graf Derby an Lord Stratford de Redcliffe die Aufforderung, den Antrag auf Ueberreichung einer Beileidsadresse an die Königin wegen des Todes des Kaisers Maximilian zurückzuziehen. Der Antrag wurde zurückgezogen.

Constantinopel, 19. Juli. (Direct.) Die Ursache der zwischen Griechen und Juden in der Vorstadt Galata stattgefundenen Streitigkeiten soll die griechenfeindliche

Haltung der hier erscheinenden jüdischen Zeitung sein, welche Omer Pascha's Siege verherrlichte und die Juden aufforderte, sich mitzufreuen. Die Regierung schritt energisch ein. — Die Regierung ertheilte einer belgischen Gesellschaft die Concession zum Baue einer Eisenbahn von Constantinopel nach Belgrad, und verpachtete gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Pfund die Minen und Wälder auf 99 Jahre einer englischen Gesellschaft.

New-York, 19. Juli. (Kabeltelegramm.) Eine Bill, welche die Gewalt der Districtscommandanten erweitert und die Dienstesentsetzung ohne Erlaubniß des Senates verbietet, wurde angenommen.

Telegraphische Wechselcourse vom 20. Juli.

Spec. Metalliques 56.50. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 56.75. — Spec. National-Anlehen 66.50. — Bankactien 709. — Creditactien 183. — 1860er Staatsanlehen 86.80. — Silber 125.50. — London 127.50. — K. l. Ducaten 6.11.

Geschäfts-Zeitung.

Brennerbahn. Die Stdbahn-Gesellschaft wird aller Wahrscheinlichkeit nach schon gegen Mitte August d. J. die Brennerbahn für den Frachtenverkehr eröffnen, und wird dadurch die kürzeste Verbindung zwischen Deutschland und Italien hergestellt sein. Die aus Deutschland kommenden Sendungen werden nach Kufstein (der nördlichen Grenzstation), die von Italien abgehenden Transporte nach Ala (der südlichen Grenzstation) adressirt werden. Diese Stationen besorgen dann die Weitercarirung. Der genaue Zeitpunkt für die Eröffnung des Frachten-, sowie des Güter- und Personenverkehrs wird in einer speciellen Kundmachung bekanntgegeben werden.

Laibach, 20. Juli. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 20 Wagen mit Getreide und 5 Wagen mit Holz. Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like Weizen pr. Megen, Butter pr. Pfund, etc.

Angekommene Fremde.

Am 19. Juli. Stadt Wien. Die Herren: Köthel, Jurist, Steiner, Glas, Ott und Zauchner, Kaufm., und Kall, von Wien. — Geiß, von Glogau. — Jalkitsch, von Pest. — Zepic, Philosoph, von Graz. — Rankel, von Gottschee. — Pelz, Kaufm., von Triest. — Kerlich, Lieutenant, von Hohenburg. — Schlieber, Commis, von Klagenfurt. — Wagner, Kaufm., von Stuttgart. — Frau Kopriwa, Cassirergattin, von Sabor. Elephant. Die Herren: Schuster, Kaffeesieder, von Graz. — Pollast, Lederfabricant, und Malli, Gutbesitzer, von Neumarkt. — Frau Scott Damigh, Gutbesitzerin, und Frau Horchi, Pri-vate, von Fiume. Mohren. Herr Richter, Handelsm., von Belles. — Frl. Kar-buschel, Köchin, von Pettau.

Lottoziehung vom 20. Juli. Triest: 41 22 59 42 85.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Sicht des Himmels, Niederschlag. Includes data for 20. and 21. July.

Vom Regen in der Nacht vom 19. auf den 20. die Laibach bedeutend angeschwollen. Am 20. Aufheirung. Gegen Abend wolkenlos. Klare Luft. Abendroth. — Den 21. die Alpen tag-über in Wolken, sonst heiter. Abends wolkenloser Himmel. Abendroth. Verantwortlicher Redacteur: Janna v. Kleinmayer.

Börsenbericht.

Wien, 19. Juli. Das überstürzte Ausgebot auf dem Effectenmarke brachte für alle Gattungen Fonds und Actien bedeutende Rückgänge hervor, indeß sich Devisen und Valuten abermals erheblich vertheuerten. Geld flüssig. Geschäft beschränkt.

Large table with multiple columns: Public Debt (Öffentliche Schuld), Bonds (Anleihen), Stocks (Actien), Loans (Darlehen), and Exchange Rates (Wechsel). Includes sub-sections like 'A. des Staates', 'B. der Kronländer', 'C. der Privatbank', etc.